

Anlage 1 2377

Eingangsstempel

Zutreffendes
bitte ankreuzen
oder ausfüllen



An den
Stadt- / Gemeindedirektor

**Antrag
auf Anerkennung von Wohnungen
als steuerbegünstigt nach den
§§ 82 und 83 des Zweiten Wohnungs-
baugesetzes (II. WoBauG)
und
Erteilung der Bescheinigung für die
Gebührenbefreiung nach § 3 des
Gesetzes über Gebührenbefreiung im
Wohnungsbau**

Datum: _____

Antragsteller

Name/Vorname/Firma

Straße/Hausnummer/PLZ/Ort

Lage des Bauvorhabens

Straße/Hausnummer/PLZ/Ort

Gemarkung

Flur

Flurstück

 Wohnungs-, Erbbau-, Grundbuch von

Blatt

Grundstückseigentümer

Name /Vorname

Straße/Hausnummer/PLZ/Ort

A. Art des Bauvorhabens

- | | | |
|---|---|---|
| <input type="checkbox"/> Mietwohngebäude | <input type="checkbox"/> Geschäftsgebäude | <input type="checkbox"/> gemischt genutztes Gebäude |
| <input type="checkbox"/> Eigentumswohnung(en) | <input type="checkbox"/> einzelne Wohrräume | <input type="checkbox"/> mit zwei Wohnungen |
| <input type="checkbox"/> Familienheim | <input type="checkbox"/> mit einer Wohnung | <input type="checkbox"/> Wiederherstellung |
| <input type="checkbox"/> Neubau | <input type="checkbox"/> Wiederaufbau | <input type="checkbox"/> Erweiterung |
| <input type="checkbox"/> Ausbau | | |

Anrechenbare Grundfläche aller Räume des Gebäudes
— Wohnfläche und gewerblich genutzte Fläche —_____ m²davon Wohnfläche der öffentlich geförderten und als
steuerbegünstigt anzuerkennenden Wohnungen_____ m²

- Baugenehmigung wurde erteilt am _____ Aktenzeichen _____
Datum _____
- Baugenehmigung liegt noch nicht vor. Die Bauanzeige liegt vor

2377 B. Für die folgenden **Wohnungen / Wohnräume** wird die Anerkennung als steuerbegünstigt beantragt

- Zu den unter lfd. Nr. _____ aufgeführten Wohnungen gehört jeweils eine Garage.

Die unter lfd. Nr. _____ aufgeführten Wohnungen sind eigengenutzte Eigentumswohnungen / Kaufeigentumswohnungen.

Bei der Berechnung der Wohnfläche wurde ein Abzug von 10 v. H. gemäß § 44 Abs. 3 II. BV vorgenommen

- ja nein

- Die unter **Ifd** Nr. _____ aufgeführten Wohnungen werden als Zweitwohnungen genutzt. Die Hauptwohnung befindet sich in _____

(Gemeinde)

'Die Voraussetzungen für die Anerkennung sind nachträglich erfüllt:

- wegen Erwerb der Wohnung innerhalb von 8 Jahren nach Bezugsfertigkeit,
 - wegen Erhöhung der Personenzahl des Haushalts innerhalb von 8 Jahren nach Bezugsfertigkeit.

Die über die zulässige Wohnfläche hinausgehende Mehrfläche der Wohnungen unter lfd. Nr. _____ ist:

- zur angemessenen Unterbringung eines Haushalts mit mehr als 4 Personen erforderlich,
 - zur angemessenen Berücksichtigung der persönlichen oder beruflichen Bedürfnisse des Wohnungsinhabers erforderlich,
 - im Rahmen der örtlichen Bauplanung **durch** eine wirtschaftlich notwendige Grundrißgestaltung bedingt.

2377

C. Erklärung

1. Mir/Urs ist bekannt, daß bei der Annahme eines verlorenen Zuschusses eine Rückerstattungspflicht nach Art. VI des Gesetzes zur Änderung des Zweiten Wohnungsbauugesetzes, anderer wohnungsbaurechtlicher Vorschriften und über die Rückerstattung von Baukostenzuschüssen vom 21. Juli 1961 (BGBI. I S. 1041), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Schlußtermins für den Abbau der Wohnungswangswirtschaft und über weitere Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet des Mietpreisrechts vom 24. August 1965 (BGBI. I S. 969) besteht.

2. Ich verpflichte mich /Wir verpflichten uns

spätestens drei Monate nach Bezugsfertigkeit der Wohnung der Anerkennungsbehörde gegenüber den Nachweis zu erbringen, daß die Voraussetzungen, die zur Anerkennung der Wohnungen als steuerbegünstigte Wohnungen geführt haben, auch tatsächlich vorliegen,

eine Vergrößerung der Wohnflächen, eine Änderung der Nutzung der Wohnungen zu anderen als Wohnzwecken oder bei Familienheimen eine bestimmungswidrige Nutzung unverzüglich der Anerkennungsbehörde anzuzeigen.

D. Hinweis

Über den Antrag kann nur entschieden werden, wenn die geforderten Angaben vollständig sind. Rechtsgrundlage für deren Erhebung ist § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 Verwaltungsverfahrensgesetz Nordrhein-Westfalen, wonach die Beteiligten bei der Ermittlung des Sachverhalts mitwirken und insbesondere ihnen bekannte Tatsachen und Beweismittel angeben sollen.

E. Anlagen

Diesem Antrag sind beigelegt:

1. die genehmigten Baupläne im Maßstab 1:100,
 die Bauzeichnung im Maßstab 1:100 — falls die Baugenehmigung noch nicht erteilt ist.
2. die Berechnung der Wohnfläche — ggf. auch der Nutzfläche — des Bauvorhabens nach den §§ 42 bis 44 II. BV.
3. der Nachweis über die Bezugsfertigkeit der Wohnung(en)
 wird noch erbracht.
4. Die Anmeldebestätigung der Meldebehörde über die am Tage der Bezugsfertigstellung zum Haushalt des Wohnungs-inhabers rechnenden Familienmitglieder
 wird nach Bezugsfertigstellung noch vorgelegt,
 über die nachträglich in den Haushalt aufgenommen Personen,
 über die beim Erwerb des Gebäudes zum Haushalt des Wohnungs-inhabers rechnenden Personen.
5. Begründung für die Erforderlichkeit einer Mehrfläche.

(Unterschrift des/der Antragsteller(s))